

Helmut Grosina

Was der Bürger erwartet oder Die Wirklichkeit der Daseinsvorsorge Ein Diskussionsbeitrag

Das Beispiel Raumplanung

(01) Meine Freunde wissen, dass ich Themen gerne aus dem Blickwinkel meiner Berufswelt behandle. Am Anfang stand bei mir die Raumplanung. Mit ihr habe ich begonnen und aus ihr heraus habe ich meine verschiedenen Tätigkeiten entwickelt. Ich war überzeugt, dass Raumplanung ein wichtiger Beitrag zur Daseinsvorsorge ist und von einem modernen Dienstleistungsstaat erwartet wird. In vielen Gesprächen hat mich die Frage beschäftigt, ob diese Annahme überhaupt richtig ist und ob sie auch heute noch gilt.

(02) Die Vorsorge, extrem gesehen, von der Wiege bis zur Bahre, hat auch etwas mit Bevormundung zu tun. Die Dienstleistungen des Staates haben zweifelsohne immer mehr Abhängigkeiten geschaffen. Und sie stoßen immer mehr an Grenzen, besonders an die der Finanzierbarkeit.

(03) Raumplanung zum Beispiel gilt vielen als Bereich, in dem Vorgaben vom Bundesstaat oder den

Ländern und Gemeinden notwendig und wichtig seien. Vorgaben, die sich nicht an kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen orientieren wie etwa Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Wenn der Staat aber diese Vorgaben unterlässt, können Bevormundungen aus anderen Systemen entstehen.

(04) Auf kritischen Analysen der Kapitalismustheorien und überhaupt auf die Literatur über das Thema "Daseinsvorsorge" gehe ich hier nicht ein. Die Erörterung soll offen und frei erfolgen.

Der Blick auf die Wirklichkeit

(05) Es ist nicht zu übersehen, dass sich die staatliche Daseinsvorsorge oft nicht vorrangig an den Bedürfnissen der Einzelmenschen orientiert, sondern dem Lobbying von lautstarken oder finanzkräftigen Interessengruppen folgt. Wer also fürchtet, dass andere Institutionen die Menschen bevormunden, wenn der Staat auslässt, und deswegen Vorgaben des Staates fordert, der hofft wohl, dass die Daseinsvorsorge vom Staat nicht nach kurzfristigen Wirtschaftsinteressen erfolgt. Er glaubt also, dass er dem Staat mehr vertrauen kann als beispielsweise der Wirtschaft.

(06) Wieso der Mensch dem Staat von vorneherein vertrauen sollte, bleibt offen. Vor allem nach dem Zusammenbruch der kommunistischer Staaten mit ihren perfekten Vorsorge- und Bevormundungs-, ja Unterdrückungssystemen, wird die Vertrauenswür-

digkeit des Staates sicher kritischer geprüft. Vertrauen verlangt jedenfalls mehr Mitsprache und setzt mehr Verantwortung und Entscheidung für sich selbst voraus. Und es setzt auch voraus, dass der Mensch mehr Kontrolle ausüben kann und sie auch wahrnimmt.

(07) Wenn eine Vorgabe nicht bedeutet, dass auch die Maßnahmen durchzuführen sind, dann bedeutet sie, dass Regeln festzulegen sind, nach denen Leistungen erbracht werden sollen. Sonst müsste der Staat auch alle Kosten für die Maßnahmen aufbringen, also vom Steuerzahler einholen. Das triebe die Abgaben-Quote immer mehr in die Höhe. Sie würde noch erdrückender, machte jeglichen Leistungsantrieb zunichte und bewirkte schließlich eine noch größere Abhängigkeit. Mehr Freiheit als Gegensteuerung ist daher unumgänglich.

Änderung der Verhältnisse

(08) Ich habe die Raumplanung als Beispiel für die Daseinsvorsorge herangezogen, wie also könnte mehr Freiheit in der Raumplanung aussehen. Raumplanung braucht, wie alles, das nach den Grundregeln der Vernunft abgewickelt werden soll, Freiheit. Und keine Nähe zur Politik, schon gar nicht zur Parteipolitik. Doch wie kann sie dann „legitimiert“ werden, wenn ihr die Politik nur dort einen selbständigen Stellenwert gibt, wo ihr Interesse gering ist. Der Beitrag zur Daseinsvorsorge durch die Raumplanung

bleibt daher sehr oft Papier, bleibt virtuell. Raumplaner haben als Gruppe kein starkes Image.

(09) Eine Möglichkeit, einen Weg aus diesem Dilemma zu finden, liegt in Markt- und Wettbewerbsmechanismen, um zur besten Lösungen zu gelangen. Ein Gedanke, der vielleicht in Richtung Emissionszertifikate oder nach einem ähnlichen Modell gehen könnte. Dabei kommt es - wie in derartigen Fällen immer - auf vernünftige, besonders wohlüberlegte, klare und strenge Regeln an.

(10) Wenn aber nur nach politisch-finanziellen, also budgetären Möglichkeiten gehandelt werden kann, dann erhebt sich die Frage, ob die staatliche Daseinsvorsorge in Hinkunft überhaupt noch von Belang ist. Längerfristige Planungsüberlegungen und Festlegungen werden immer schwerer, wenn nicht unmöglich. Und hat die Raumplanung das richtige Werkzeug zur Hand? Oder soll sie ohnedies nur Wirkungszusammenhänge erfassen und Wirkungsfolgen abschätzen?

Einzig beständig ist der Wandel

(11) Viele Entwicklungen scheinen zu beweisen, dass tatsächlich nur der ständige Wandel das einzig Beständige ist. Einige Beispiele:

o Die Tendenz zur Eigenverantwortung steigt. Eigenverantwortung macht zufriedener und erhöht die Selbstsorge.

- o Die „Spaßgesellschaft“ fördert gleichzeitig das Versorgungsdenken.
- o Die öffentlichen Budgets schwanken zwischen der Schmerzgrenze für Abgaben und dem Wachstum der Wirtschaft.
- o Die Menschen werden ältere (2030 wird jeder dritte Österreicher über 60 sein).
- o Starre Regelungen von Altersgrenzen, von Löhnen bis hin zum Ladenschluss lösen sich teilweise oder ganz auf.
- o Neue Formen der Familie und der Partnerschaften entstehen.
- o Zeit, Aufmerksamkeit, Lebens-Intensität werden zu begehrten Luxusgütern...

(12) Auch Staat und Politik wandeln sich, selbst gefördert durch das krampfhaftes Festhalten am Erreichten. Und der Versuch, Wähler durch unerfüllbare Versprechungen zu ködern, wird immer raffinierter. So wie die Methoden zur Erhaltung der Macht durch Abhängigkeiten, Beherrschung und Unterdrückung der Bürger. Und durch deren Verwöhnung, denn wenn sie erfolgreich vom Wohlstand eingelullt werden, werden sie nicht von selbst zu Methoden der Mitbestimmung und Kontrolle greifen.

Beständig sind auch die Mängel

(13) Die Mängel der Demokratie sind ebenfalls sehr beständig. Es ist daher zu bezweifeln, ob, wenn zum Beispiel die Schmerzgrenze für Abgaben überschrit-

ten wird, tatsächlich mehr Mitsprache und Kontrolle durch die Bürger erreicht werden kann.

(14) Von oben herab dürfte sich aber gar nichts bewegen. Denn Selbstbeschneidung ist nicht unbedingt des Menschen Art. So ist auch das Prinzip der Subsidiarität, dass nämlich nur das von höherer Stelle erledigt wird, was in der niedrigeren nicht gemacht werden kann, längst verdorben. Die obere Ebene kann sich sicher fühlen, solange man es bei den unteren Stellen sogar genießt, die oberen als Ausrede für das eigene Versagen zu verwenden. Probleme werden nämlich allzu gerne nach oben, in die Anonymität und Bürgerferne, delegiert.

(15) Das Prinzip der Subsidiarität wird in den oberen Ebenen zwar oft beschworen, aber wie die diversen Konvente immer wieder zeigen, wird die Macht dennoch immer mehr auf den oberen Ebenen konzentriert.

(16) Regelungen werden zumeist so starr gefasst, dass sich an der Macht-Konzentration nichts ändert. So kann aber auf Entwicklungen und Neuerungen nicht entsprechend eingegangen werden. Ablauf-Fristen für die Regelungen, laufende und nachträgliche Bewertungen ihrer Eignung und Wirkung fehlen fast immer. So wie das Recht auf Trennung von einem Verband, auf Austritt aus einer Gemeinschaft.

(17) Die Macht soll vom Volk ausgeht. Nähme man das ernst, dann dürfte nur nach oben weiter gereicht werden, was unten nicht möglich ist. Und es müsste von unten bestimmt werden, was oben zu geschehen hat. Und es müsste von unten kontrolliert werden, ob oben das Richtige und ob es richtig gemacht wird. Das klingt zweifellos sehr utopisch, vielleicht wirklichkeitsfern, doch wer könnte mir ohne langes Klugreden über Demokratie und Subsidiarität sagen, Demokratie sei etwas anderes, als dass die Menschen wählen können, wer oben steht, und dass die Menschen den kontrollieren und abwählen können, den sie hinauf gewählt haben.

Wer zahlt, bestimmt

(18) Vielleicht haben wir, die Bürger und Wähler, übersehen, dass die, die wir hinauf gewählt haben, alle Abgaben einheben. Denn nur dann, wenn auch die Mittel von uns, den Steuerzahlern, unten eingehoben werden; wenn nur soviel nach oben weiter gereicht wird, wie notwendig ist, um das unten nicht Erfüllbare oben zu erledigen; wenn von unten kontrolliert wird, ob das Richtige richtig durchgeführt wird, kann das Ganze auch funktionieren. Denn dass der eine zahlt und der andere bestimmt, muss mit Sicherheit schief gehen.

(19) Das bedeutet aber auch, dass es für eine Gemeinschaft unerlässlich wäre, von den Menschen Abgaben zu verlangen. Und, es bedeutet, dass die

Chance zu verwerfen ist, sich mit Geschicklichkeit einen guten Anteil von den oben eingesackten Steuern zu ergattern. Und, es bedeutet auch, dass der Staat nicht so lange umverteilen, umverteilen und umverteilen kann, bis zum Schluss die meisten viel weniger, einige etwas weniger und einige sogar mehr im Säckel haben, die eigene Klientel jedenfalls gut bedient ist.

(20) Einfache Steuersysteme, Belohnung der Leistung, Abbau der Subventionen und Förderungen, das sind nur einige der Versprechen, die zu den guten Vorsätzen zählen, mit denen der Weg zur Hölle gepflastert ist. Aber wenn nur das Wort „Grundsicherung“ fällt, ist die Empörung allgemein. Aber dass im selben Atemzug, da versprochen wird die Steuern zu senken, noch tiefer in das Säckel des Bürgers gegriffen wird, daran haben wir uns offenbar schon gewöhnt.

(21) Die Solidarität, das geschwisterliche füreinander Einstehen, wird meistens dann beschworen, wenn man schon als Erster am Futtertrog steht. Dort, wo einer den anderen sieht, wo die Wahlen persönlich sind und die Kontrollen hautnah, da mag die Solidarität noch funktionieren. Wenn da die Macht ist und das Geld des Volkes, wenn da von beidem nach oben soviel abgetreten wird, wie zur gemeinschaftlichen Erledigung notwendig ist, da mag auch

der Bürger aktiv mittun. Und das ist eine Voraussetzung, über die Einvernehmen bestehen sollte.

(22) Selbstbestimmung, und die gilt als Menschenrecht, muss auch bedeuten, dass sich wer will, freiwillig, mit vertraglicher Rechtssicherheit, mit anderen zusammenschließen kann. Aber auch das Recht hat, aus einer Gemeinschaft wieder austreten zu können.

(23) Dass die Demokratien in der Vergangenheit ungeheure Erfolge verbuchen konnten, beweist, dass sie trotz der Mängel erfolgreich waren. Weil ihre Idee und ihr Prinzip offenbar sehr robust sind. Eine Alternative zeichnet sich nirgends ab. Daher müsste alle Kraft dahin gehen, die Mängel zu beheben.

Daseinsvorsorge in neuem Licht

(24) Nach diesen Überlegungen ergibt sich für die Daseinsvorsorge ein einfaches Modell. Wofür der Bürger nicht selbst vorsorgen kann, ist die Gemeinschaft aufgerufen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine Lösung zu finden. Immer mit dem Grundsatz, eine faire Regelung zu treffen, durch die verhindert wird, dass die Freiheit des einen auf Kosten der Freiheit des anderen geht.

(25) Und die Raumplanung sehe ich als ein Instrument, das durch seine koordinierende Wirkung, besonders auf das technisch - organisatorische Gefüge

des Lebensraumes der Bürger, Träger eines Mechanismus sein kann, mit dem die durch die Nutzung ausgelösten Gewinne und Verluste ausgeglichen werden. Gewinne und Verluste selbstherrlich von oben zu verteilen, kann auf Dauer nicht erfolgreich sein. Ähnliche Modelle wie der Handel mit Emissionszertifikaten könnten die Wertigkeit der Vorteile und Nachteile erkennbar und nach fairen Regeln tauschbar und handelbar zu machen. Schließlich könnte sich die Starrheit und Versteinerung, die hoheitlichen Festlegungen anhaftet, auflösen und mehr Bewegung in die Entwicklung kommen.

(26) Das Wesen der Daseinsvorsorge würde die Tendenz zur Zwangsbeglückung ablegen und sich als Ergebnis der aktiven Beteiligung der Bürger ergeben. Es ist auffallend, dass zum Beispiel in Österreich die Lokale Agenda 21 der Umweltkonferenz der UNO, die einige Elemente der Beteiligung enthält, weitgehend nicht einmal wahrgenommen worden ist. Viele kommunale Funktionsträger haben unter dem Hinweis gebremst, dass nur gewählte Mandatäre entscheiden dürften.

Resignation vermeiden

(27) Da weder die Gemeinden noch die Bürger aufgegehren werden, gilt es zu überlegen, wie die Mängel der Demokratie abgebaut werden können. Das ist wohl der Schlüssel für die Lösung vieler Probleme und zur Beantwortung der aktuellen Fragen

wie jener nach dem Gegenstand der Daseinsvorsorge.

(28) Wenn also eine „Revolution“ nicht stattfindet, dann ist zu erwarten, dass die Nebenwirtschaft oder Schattenwirtschaft weiter zunimmt, die Korruptionsanfälligkeit mit ihr steigt und immer mehr Macht von den gewählten Organen zu Nebenregierungen oder Schattenregierungen wandert. Und dass diese letztlich sogar trotz mangelnder demokratischer Legitimierung zunehmend das Vertrauen der Bürger gewinnen können.

(29) Es bleibt also nur, die Mängel auf jeden Fall unermüdlich aufzuzeigen und so rasch wie möglich, Schritt für Schritt, auszumerzen. Auch wenn es in Anbetracht der Unsicherheit schwer fällt, weil das Gefüge des Staates so kompliziert geworden ist.

(30) Es wird mühsam sein, die Mängel „bei laufendem Betrieb der Geschäfte“ auf allen Ebenen zu beseitigen. Und es werden viele Fallen auftauchen, wenn die Methoden der direkten Demokratie auch dazu benützt werden, die Machtverhältnisse zu verschieben. Indem die Stimmen jener eingefangen werden, die leicht zu beeinflussen oder zu ködern sind, oder von denen, die von einem Thema gar nicht betroffen sind.

(31) Es wird auch deswegen mühsam sein, weil es kaum mehr in einem Politikbereich Visionen gibt. Und so fragt sich auch kaum jemand, was er wozu beitragen kann, sondern fällt in den Chor derer ein, die ständig von anderen fordern. Themen, die anregen könnten, wie Umwelt oder Energie, verschwinden zunehmend aus dem öffentlichen Bewusstsein, und Verkehr wird aufs Floriani-Prinzip abgeschoben. Vielleicht bringen Themen wie Gesundheit, gesunde Nahrungsmittel und Trinkwasser, neue Impulse.

(32) Voraussetzung aber ist der aufgeklärte Mensch, der sich aus Unmündigkeit und Abhängigkeit erneut befreit, und der ohne Zwang und autoritäre Vorschrift in Selbstständigkeit und freiem Entschluss handelt. Aber das ist nichts Neues.

© Dipl.Ing. Helmut Grosina, Ignaz Till Straße 7/1/2, A 7000 Eisenstadt
23. Juli 2003.